

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

388

Wien, Mittwoch, den 12. Dezember 1928. Zweite Ausgabe.

Bürgermeister Seitz über den Tod der kleinen Stodolak. Heute Vormittag sprachen bei Bürgermeister Seitz und beim amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler einige sozialdemokratische Gemeinderätinnen vor und machten unter Hinweis auf den Prozess gegen das Ehepaar Halaksa darauf aufmerksam, dass die Bevölkerung vielfach der Ansicht ist, es haben nicht nur der Apparat der Polizei, sondern auch der Apparat der Gemeinde im Falle Stodolak zu schwerfällig funktioniert, wodurch vielleicht die Rettung des unglücklichen Kindes verhindert worden sei. Der Bürgermeister erwiderte, es sei unendlich traurig und müsse zu den schwersten Bedenken veranlassen, dass ein solcher Fall inmitten der Grosstadt überhaupt möglich ist. Man hat daher schon damals, als das Kind ermordet worden ist, sofort die genauesten und gewissenhaftesten Untersuchungen dahin geführt, ob nicht etwa behördliche Organe durch Unterlassungen eine persönliche Schuld treffe. Das ist nicht der Fall. Das ganze Milieu, in dem sich der traurige Fall abgespielt hat, ist undurchsichtig und alle Bemühungen, Licht zu schaffen, waren vergebens. Wie schwierig die notwendigen Erhebungen und Einvernahmen durch die Organe des Jugendamtes waren, zeigt ja auch der bisherige Verlauf des Prozesses, in dem die Angeklagten trotz der grossen Machtmittel, die dem Gerichte zur Verfügung stehen, bewusst jede Aufklärung der Geheimnisse der Mordnacht verhindern. Umso schwerer war es für eine wenig einflussreiche Fürsorgerin, Klarheit zu geben. Die Institution der amtlichen Fürsorge besteht bekanntlich erst seit kurzer Zeit. Noch vor zehn Jahren - ich erinnere an den Fall Hummel - hätte kein Mensch bei einem solchen Fall an die Gemeinde gedacht oder sie etwa gar verantwortlich gemacht. Erst die neue Aera hat den Grundsatz proklamiert, dass die Gemeinde berufen ist, das Kind in ihren besonderen Schutz zu nehmen. Die Gemeinde fühlt sich heute als die Mutter aller Kinder und Wien hat in dieser Hinsicht mehr als jede andere Stadt getan. Der vielgestaltete Apparat ist in erster Linie dem ungeheuren Organisationstalent des Stadtrates Professor Dr. Tandler zu verdanken. Wien ist stolz darauf, dass es in der Fürsorge für die schwangeren Frauen, in der Säuglingsfürsorge, im Kindergartenwesen, in der Berufsvormundschaft, in der Gesundheitsfürsorge, im Hortwesen, in der Erholungsfürsorge und dergleichen, vorbildliche Einrichtungen geschaffen hat. Dass nach wenigen Jahren ein solcher viel verzweigter Organismus noch nicht klaglos funktionieren kann, dass er vielleicht auch Mängel aufweist, dass für ihn auch vielfach erst die geeigneten Organe erzogen werden mussten, soll gar nicht bestritten, sondern offen einbekannt werden. Jedenfalls kann man heute überzeugt sein, dass sowohl ich, als auch Stadtrat Professor Dr. Tandler bestrebt sind, den Fürsorgeapparat noch weiter auszubauen, um jede bürokratische Erstarrung zu überwinden. Sicher ist, dass der Fall Stodolak sich nicht ereignet hätte, wenn es sich um ein sogenanntes städtisches Kostkind gehandelt hätte, also um ein Kind, das nicht bei den eigenen Eltern ist. Für diese unter der Obsorge der Gemeinde Wien befindlichen Kinder, die wir sogar als unsere "eigenen Kinder" bezeichnen, funktioniert die Fürsorge ausgezeichnet. Um eine ganz andere Frage handelt es sich bei Waisenkindern, die bei den eigenen Eltern wohnen. Ich will nicht davon sprechen, ob die heutige Gesetzgebung es überhaupt gestattet, dass die Gemeinde jedes Kind der Stadt unter Aufsicht stellt, und wieviele Für-

sorgebeamte ein solcher Apparat erfordern würde und welche Schwierigkeiten sich ihm entgegenstellten. Jedenfalls fehlt heute die rechtliche Voraussetzung für ein Eingreifen der Gemeinde, selbst in jenen Fällen, wo gegen die Hasspsychose unehelichen und unter besonderem Begleitumständen geborenen Kinder und ihre Auswirkungen abzuwehren wären. Es wird Sache der Bundesgesetzgebung, der Fürsorge die nötigen Machtmittel gegenüber entmenschten Eltern in die Hand zu geben, was ja hoffentlich demnächst im Grundsatzgesetz über die Jugendfürsorge geschehen wird. Die Gemeinde Wien wird auch weiterhin das Fürsorgewesen ausbauen, und soweit menschliches Vermögen reicht, solche Vorfälle zu verhindern suchen. Die zirka 20.000 Kinder, die in der Fürsorge der Gemeinde Wien stehen, sind aller menschlichen Voraussicht nach gesichert. Die kleine Stodolak, die solange sie bei ihrer Grossmutter war, auch zu den befürsorgten Kindern gehörte, hatte das Unglück, dann zur eigenen Mutter zu kommen und dadurch aus der Gemeinde ^{Fürsorge} auszuscheiden. Bürgermeister Seitz dankte den Gemeinderätinnen, dass sie sich in erster Linie berufen fühlen, in der Fürsorge werktätig mitzuarbeiten, und bat sie auch fernerhin um ihre Unterstützung.

Schubertring statt Kolowratring. Der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltung hat kürzlich nach einem Bericht des Gemeinderates Beisser beschlossen, zum immerwährenden Gedenken an Franz Schubert den Kolowratring in Schubertring umzubenennen. Die Erläuterungstafel wird lauten: "Franz Schubert, 1797-1828. Der grosse Schöpfer des neuen deutschen Liedes."

Starke Zunahme der Einäscherungen. Die Zahl der Einäscherungen in Wien ist in den letzten Jahren sehr gestiegen. Während im Oktober 1924 nur 121 Einäscherungen im Krematorium der Stadt Wien vorgenommen wurden, stieg die Zahl im Oktober 1925 schon auf 160, im Oktober 1926 auf 177, im Oktober 1927 schon auf 227 und erreichte im vergangenen Oktober die Höhe von 236. Im November dieses Jahres wurden 252 Verstorbene eingeäschert. Auch in diesem Monat ist gegenüber denen der früheren Jahre ein Ansteigen der Zahl der Einäscherungen zu verzeichnen. Im November wurden 142 männliche und 110 weibliche Verstorbene eingeäschert. Davon sind 142 römisch-katholischer, 30 evangelischer und 7 altkatholischer Religion gewesen. Sowaren 7 Juden und 53 konfessionslos. In der Zeremonienhalle des Krematorium wurden im November 61 altkatholische und 22 evangelische Einsegnungen vorgenommen.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung auf der Landstrasse in der Rüdengasse, Nikolaugasse und Rabengasse und auf der Wieden auf dem Nasch-Markt in Betrieb gesetzt.

Bezirksvertretung Rudolfsheim. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim findet am Freitag, den 21. Dezember, um 18 Uhr statt.